WP-5-949 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 15.11.2021

Text

Von Zeile 949 bis 952 einfügen:
Demokratie. Wenn sie gefälscht und manipuliert werden, ist das ein Angriff auf unsere freie Gesellschaft und kann zudem Menschenleben kosten, wie wir in dieser Pandemie erleben. Gerade das Internet und die sozialen Medien beinhalten beides und bedürfen stärkerer Selbstkontrolle und Regulierung. Deshalb ist es auch so wichtig, dass alle Bürger*innen in NRW lernen, kompetent mit Informationen und Medien umzugehen – von klein auf, bis

Von Zeile 961 bis 965:
oder gesellschaftliche Willensbildung hier zu beeinflussen. Demokratiefeindlichen, desinformierenden und hetzerischen Inhalten schieben wir einen Riegel vor. ~~Dafür müssen~~Indem wir nicht nur Medienkompetenz und Faktenchecks fördern, sondern auch das Recht auf Gegendarstellung ausweiten, eine konsequente Strafverfolgung sicherstellen und unsere Sicherheitsbehörden entsprechend sensibilisier~~t~~en und ~~ausgestattet sein~~ausstatten. Gleichzeitig setzen wir uns für eine deutliche Wiederausweitung des mehrsprachigen Angebots des WDR ein, so dass unabhängige

Begründung

Verschwörungstheorien und das bewusste Verbreiten von Falschnachrichten sind neben Rechtsextremismus eine der großen Bedrohungen unserer Demokratie. Das sehen inzwischen auch einige Verfassungsschutzbehörden so, u.a. im Hinblick auf die stark aus dem Ausland gesteuerte Desinformationskampagne gegen Annalena Baerbock.

Wenn sich eine Gesellschaft überspitzt gesagt nicht mehr darauf einigen kann, ob Himmel blau und Rasen wirklich grün ist, besteht keine gemeinsame Grundlage mehr für demokratische Diskurse. Donald Trump hat es vorgemacht und dabei vor allem die Gleichgültigkeit sozialer Netzwerke ausgenutzt. Deshalb gehört natürlich auch ein Halbsatz zur stärkeren Selbstkontrolle und Regulierung von Facebook & Co. in den Text. Es reicht nicht immer wieder „Bitte, bitte“ bei Mark Zuckerberg zu sagen. Es muss sich was tun!

Aber Falschinformationen gefährden nicht nur unsere Demokratie, sie gefährden auch ganz konkret Menschenleben, wie uns in dieser Pandemie schmerzlich bewusst wird. Wie viele unserer Mitbürger*innen könnten noch leben, wenn sie keinen Verschwörungstheorien aufgesessen wären?!

Doch Medien und Politik gehen recht hilflos mit dem Thema um und nur mit dem Ausbau von Medienkompetenz, so wichtig dies ist, werden wir dem Phänomen nicht Herr werden können.

Während eine mögliche Strafbarkeit des bewussten Verbreitens von Falschinformationen Bundesangelegenheit ist, fällt die Strafverfolgung z.B. von Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung in Landeskompetenz, ebenso wie zivilgesellschaftliche Gegendarstellungsansprüche, die in Artikel 7 des Landespressegesetzes geregelt sind und viele digitale Verbreitungswege nicht abdecken. Deshalb müssen wir Polizei, Justiz und andere Landesbehörden dafür sensibilisieren, dass Hass, Hetze und Falschinformation keine Kavaliersdelikte sind. Sie müssen ausreichend ausgestattet sein, um solche Delikte zu verfolgen.